

## Bürgerbeteiligung / Bildung

### Rat ö 24.04.2012

TOP: Ö 4.5

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#) Beschlussart: **Änderungsantrag Zählergemeinschaft SPD/GRÜNE beschlossen**

Datum: Di, [24.04.2012](#) Status: öffentlich

Zeit: 17:00 - 21:40 Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

----- [VO/2012/0883 Elternbefragungen](#) -

Status: öffentlich Vorlage-Art: Antrag

: FDP-Fraktion

---

#### **Beratungsverlauf:**

Herr Dr. Thiele begründet den Antrag namens der FDP-Fraktion. Er nimmt Bezug auf die Behandlung des Antrages der Zählergemeinschaft zur Grundschulentwicklungsplanung in der vergangenen Schul- und Sportausschusssitzung. Bei dieser Diskussion sei deutlich geworden, dass nachhaltige Änderungen der Schullandschaft beabsichtigt seien; hierfür seien im Vorfeld entsprechende Elternbefragungen an der Kreuz-, Stüve- und Overbergschule durchzuführen. Er äußert Zustimmung zu dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion.

Frau Thiel unterbreitet namens der CDU-Fraktion den folgenden Ergänzungsantrag. Der Antragsinhalt wird wie folgt ergänzt:

„Inhalte zur Befragung müssen entwickelt und im Schul- und Sportausschuss diskutiert werden.“

Sie legt dar, dass sowohl Zusammenlegung von Schulen wie auch die Frage der Standorte diskutiert werden müssen. Ferner sei die Frage zu stellen, wie weit die Eltern von Kindergartenkindern einzubeziehen seien. An den vorliegenden Anträgen werde deutlich, dass anscheinend die Elternbefragungen von allen Fraktionen gewollt seien. Die Formulierung des Änderungsantrages der Zählergemeinschaft, wonach der Stadtelternrat die Schulen und Elternschaften an den Verfahren in angemessener Weise zu beteiligen habe, sei auslegungsbedürftig. In Anbetracht der breiten Beteiligung der einzelnen Interessengruppen an der Arbeit des Schulausschusses sei es zwingend, die Inhalte zur Befragung im Schul- und Sportausschuss zu diskutieren. Dies sei auch bei der Befragung zur Einführung der IGS entsprechend erfolgt.

Herr Mierke legt namens der Gruppe UWG/Piraten dar, dass der Antrag der FDP-Fraktion wie folgt modifiziert werden sollte:

„Vor Beginn von schulpolitischen Diskussionen und der Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte werden die Eltern an allen betroffenen Schulen beteiligt, zum Beispiel in Form einer Befragung.“

Die Behandlung von Einzelheiten im Schul- und Sportausschuss bezeichnet er als selbstverständlich. Er macht deutlich, dass nach Auffassung seiner Gruppe der entsprechende Beschluss auch in allen künftigen Fällen von Veränderungen der Schullandschaft anzuwenden sei.

Herr Meyer macht namens der CDU-Fraktion deutlich, dass es in der Vergangenheit bei markanten Änderungen der Schullandschaft stets Elternbefragungen gegeben habe. Im Falle von Bekenntnisschulen seien entsprechende Befragungen nicht vorgeschrieben; allerdings haben auch in diesen Fällen sehr intensive Meinungsbildungsprozesse stattgefunden.

Er kritisiert nachdrücklich den heutigen Änderungsantrag der Zählgemeinschaft wie auch deren bisheriges Vorgehen im Zusammenhang mit der Grundschulentwicklungsplanung. Er kritisiert auch, dass die betroffenen Eltern nicht ausreichend über beabsichtigte Maßnahmen informiert seien.

Frau Strangmann weist namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Inhalte der vorliegenden Anträge der anderen Fraktionen zurück, da vor der Entwicklung von Konzepten unklar sei, worüber die Eltern befragt werden sollen. Ferner verweist sie darauf, dass bereits im Stadtelternrat eine entsprechende Debatte geführt wurde. In diesem Zusammenhang seien die Eltern durch die geführte Diskussion informiert worden.

Herrn Mierke verweist sie darauf, dass Mitglieder der Gruppe UWG/Piraten an diesem Gespräch beteiligt gewesen seien.

Frau Stadträtin Rzyski informiert darüber, dass laut Schulgesetz zwei Anlässe bestehen, zu denen gesetzlich Befragungen durchgeführt werden müssen: dies sei für die Einrichtung einer IGS der Fall, für die alle Eltern von Kindern der Klasse 4 befragt werden müssen. Ferner seien für die Auflösung von Bekenntnisschulen Befragungen vorgesehen, wobei in diesem Fall die Eltern von Kindern befragt werden, die die Schule bereits besuchen. Für die Zusammenlegung von Schulen sei eine Elternbefragung gesetzlich nicht vorgeschrieben. Vor der Durchführung einer generellen Elternbefragung müssten in Ermangelung gesetzlicher Grundlagen die Kriterien für die Befragung und für die Bewertung der Ergebnisse vorab definiert werden, um überhaupt verwertbare Ergebnisse zu erhalten.

Herr Klein begrüßt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Klarstellung von Frau Stadträtin Rzyski. Er nimmt Bezug auf den Änderungsantrag der Zählgemeinschaft zur Grundschulentwicklungsplanung im Schul- und Sportausschuss, in dem bereits die Beteiligung der Betroffenen an dem Verfahren gefordert wurde.

Herr Dr. Martin bittet namens der SPD-Fraktion um eine Versachlichung der Debatte. In Anbetracht der bestehenden Fragestellungen und insbesondere auch im Hinblick auf die Ausführungen von Frau Stadträtin Rzyski hält er die ausführliche Diskussion im Ausschuss für Schule und Sport für unabdingbar.

Herr Cheesemann macht namens der Fraktion Die Linke deutlich, dass der erforderliche Meinungsbildungsprozess gerade erst begonnen habe. Er spricht sich für eine breite Bürgerbeteiligung in den Fragen der Grundschulentwicklungsplanung aus. Den Antrag der Zählgemeinschaft im Schul- und Sportausschuss bezeichnet er als nicht weit genug in die Zukunft reichend. Die Kriterien für eine Bürgerbeteiligung seien weiter zu entwickeln.

Herr Hagedorn nimmt zu Einzelheiten der Grundschulentwicklungsplanung Stellung. Die Anträge der übrigen Fraktionen bezeichnet er im Einzelnen als unverständlich. Er hebt hervor, dass trotz allem Willen zur Beteiligung der von dem Prozess betroffenen Gruppen letzten Endes die Entscheidungskompetenz beim Rat liege.

Sowohl Frau Thiel als auch Frau Neumann nehmen namens der CDU-Fraktion Stellung zu Einzelheiten der Diskussion um die Grundschulentwicklungsplanung im Schul- und Sportausschuss.

Herr Dr. Thiele äußert sich enttäuscht darüber, dass anscheinend keine einvernehmliche Beschlussfassung über die Durchführung von Elternbefragungen zustande komme. Die weitere kontroverse Diskussion befasst sich mit Einzelheiten der Debatte um den Grundschulentwicklungsplan im Schul- und Sportausschuss. Zum Abschluss der Debatte erneuert Herr Dr. Thiele seinen Vorschlag, alle vorliegenden Anträge zur weiteren Beratung in den Schul- und Sportausschuss zu verweisen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius sieht sich durch die heutige Debatte erinnert an entsprechende Diskussionen in der zweiten Hälfte der 90iger Jahre, die entsprechend lebhaft geführt wurden. Er stellt fest, dass in der Diskussion um den Antrag auf Durchführung von Elternbefragungen Argumente zum methodischen Vorgehen diskutiert wurden, mit Argumenten für oder wider einzelne Maßnahmen. Er bittet darum, die erforderliche Debatte ohne die eingetretene Schärfe zu führen. Demgegenüber werden von der Politik Konzepte erwartet, wie dem in den 15 kommenden Jahren bevorstehenden demografischen Wandel begegnet werden könne; diese Diskussion befinde sich erst am Anfang. Er ruft dazu auf, die im Schulausschuss begonnene Diskussion dort mit der gebotenen Gründlichkeit fortzuführen.

Obwohl er die Durchführung von Bürgerbefragungen für ein probates Mittel der Bürgerbeteiligung halte, sieht er im vorliegenden Fall einer freiwilligen Befragung ohne entsprechende Grundlagen Probleme bei der Eingrenzung des zu befragenden Personenkreises. Diese Frage sei auch in der heutigen Ratssitzung nicht geklärt worden.

Herr Ratsvorsitzender Thöle erneuert den Vorschlag von Herrn Dr. Thiele zur Verweisung aller Anträge in den Schul- und Sportausschuss.

Hiergegen widerspricht Herr Hagedorn. Er macht deutlich, dass es im Antragstext der Zählgemeinschaft statt in angemessener Weise in geeigneter Weise heißen solle.

---

#### **Beschluss:**

Zunächst führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über die zusammengefassten Anträge der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Gruppe UWG-Piraten wie folgt herbei:

- a) Ursprungsantrag der FDP-Fraktion
- b) Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion
- c) Änderungsantrag der Gruppe UWG/Piraten

„Vor Beginn von schulpolitischen Diskussionen und der Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte werden die Eltern ~~Elternbefragungen an Kreuz-, Stüve- und Overbergschule durchgeführt~~ **an allen betroffenen Schulen** beteiligt, zum Beispiel in Form einer Befragung.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und dem Oberbürgermeister gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion, der Gruppe UWG/Piraten und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

#### **Abweichender Beschluss:**

Gemäß Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Stadtelterrat, die Schulen und Elternschaften werden an den Verfahren in geeigneter Weise beteiligt.“

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion die Linke und dem Oberbürgermeister gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Gruppe UWG/Piraten **angenommen**.